

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/241

Bonn, den 16. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Die Briten bremsen

66

Zur NATO-Konferenz in Paris

Von Günter Markscheffel z.Z. Paris

2

Mörderriecher Konkurrenzkampf

28

Zur Mahnung des österreichischen Außenministers Kreisky

3

Cottbus, Wacker 04 und sowjetische Handballdamen

32

Betrachtungen zum gesamtdeutschen Sport

Von Horst Seefeld

4 - 5

Porträt der Bildungsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen

79

Von Ministerialrat Werner Scherer,  
Vorsitzender des Zentralausschusses  
der Sozialistischen Bildungsgemeinschaften

6

Reservierte Freundlichkeit in England

45

gegenüber der Bundesrepublik

Von Fritz Segall, London

- - - +

### Die Briten bremsen

---

#### Zur NATO-Konferenz in Paris

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

Viermal mußten die Militärexperten auf der NATO-Ministerkonferenz am Mittwoch abend bereits ausgearbeitete "Papiere" wieder zurückziehen, bevor sie ihre strategisch-technischen Vorschläge zur Vorwärtsverteidigung mit den Bedenken der Finanzexperten in Einklang bringen und den Communiqué-Spezialisten zwecks Einbau in eine Schlußresolution vorlegen konnten. Es war der britische Verteidigungsminister Healey, der durch seine Rede vor dem Ministerrat dafür gesorgt hatte, daß die Militärexperten auf dem Teppich blieben und ihre Planungen dem finanziellen Leistungsvermögen der einzelnen NATO-Partner anglich. Ein weiteres Resultat der Intervention Healeys, der vor der ständig wachsenden Ausgabenflut für keineswegs immer ausgegorene Verteidigungsplanungen der NATO gewarnt hatte, ist der Beschluß, in Unterkommissionen dafür zu sorgen, daß den Regierungen demnächst - man spricht von März 1966 - eine "ausgewogene Bedarfsbilanz" vorgelegt werden soll.

Interessant ist, daß die Amerikaner keinen Versuch machten, diese offensichtliche Bremsaktion der Briten zu kontern. Im Gegenteil, mehrfach wurde sogar angedeutet, die Amerikaner hätten die Briten sogar ermuntert, um den weniger finanzkräftigen Partnern begreiflich zu machen, daß man auf die Dauer auch militärisch nicht so planen könne, als gebe es bei der Rüstungsentwicklung keine Finanzprobleme.

Diese Einstellung der Amerikaner und Briten ist aber nicht etwa ein Hinweis auf deren mangelnde Verteidigungsbereitschaft oder gar nachlassende Vertragstreue. Man will im angelsächsischen Lager endlich die Vertrags- und Bilanzehrlichkeit wieder herstellen, weil in der Vergangenheit allzu oft militärisch geplant wurde, ohne daß man hierbei in Rechnung stellte, daß bei steigenden Rüstungsausgaben am Ende die Amerikaner direkt oder indirekt mit Krediten und anderen Hilfsaktionen das in den nationalen Budgets entstandene Loch wieder zumachen mußten.

Die Bundesrepublik schneidet hierbei noch günstig ab; sie hat im großen und ganzen ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllt und sogar anderen NATO-Partnern - z.B. die Türkei und Griechenland - überdies noch Finanzhilfen für militärische, aus der NATO-Planung sich ergebende Ausgaben geleistet.

Unabhängig von diesem mehr "familiären Zwischenakt" auf der diesjährigen Dezember-Tagung der NATO wurde aber eines deutlich: Die Amerikaner und Briten, unterstützt von den Skandinaviern, stellten in allen ihren Betrachtungen zur internationalen Lage das ständig wachsende Militärpotential Chinas in den Vordergrund. Man ignoriert keineswegs "die sowjetische Gefahr", konzentriert sich jedoch auf die Frage, ob Peking nicht in einigen Jahren eine größere Gefahr für den Westen darstellen als Moskau. Ob hierbei das Bemühen der Amerikaner im Vordergrund steht, den Sowjets jetzt nicht frontal begegnen zu müssen, oder ob man in Washington tatsächlich die Chinesen für die größere Gefahr hält, ist schwer abzuschätzen. Jedenfalls wurden die Reden des amerikanischen Verteidigungs- und Außenministers auf der diesjährigen NATO-Tagung als die Aufforderung an die übrigen NATO-Partner gewertet, ihre Aufmerksamkeit stärker als bisher auf Peking zu richten.

Man fragt sich, was aus der gemeinsamen nuklearen Verteidigung, dem Mitspracherecht aller Partner bei der Planung und Organisation des der NATO zur Verfügung stehenden Atompotentials wird. Im Prinzip wurde das Mitspracherecht wohl gebilligt. In welcher Form es jedoch praktiziert werden kann, ist auch jetzt ungeklärt geblieben. Die Franzosen, die befürchtet hatten, daß die im November zur Klärung dieser Fragen gebildete Spezialkommission zu einer Institution mit Beschlußrecht werden könnte, wurden inzwischen beruhigt. Die Kommission wird zwar weiterarbeiten und die Ergebnisse ihrer Arbeiten später den Ministern vorlegen, dieser aber die Entscheidung überlassen.

Da sich die deutsche Delegation in dieser Frage nicht allzu sehr ereiferte, konnte sie bei der Ausarbeitung des Schlußkommuniqués zur Überwindung gewisser Meinungsverschiedenheiten beitragen, die zu Beginn der Konferenz spürbar waren.

Das Deutschland-Problem gab diesmal - außer allgemeinen Feststellungen zur Lage des gespaltenen Landes - kaum Veranlassung zu besonderen Stellungnahmen. Die deutsche Frage wurde zwar nicht ignoriert, aber doch so behandelt, daß von keiner Seite irgendwelche Beanstandungen zu erwarten sind, außer natürlich von Moskau und Pankow.

#### Mörderischer Konkurrenzkampf

##### Zur Mahrung des österreichischen Außenministers Kreisky

sp - Es steht nicht gut um Europa. Die Krise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), ausgelöst durch die intransigente Haltung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, führt zu lang anhaltenden Lähmungserscheinungen. Sie können tödlich werden. Brüssel, Sitz der Hohen Kommission, tritt auf der Stelle, ihm wurde der Schwung genommen. Völlige Ungewißheit besteht darüber, was im nächsten Jahr geschehen wird. Ab 1. Januar 1966 sollen bei Beschlüssen der Hohen Kommission die Mehrheitsentscheidungen inkraft treten. Doch Frankreich sperrt sich dagegen, es will sich aus Gründen der nationalen Souveränität keinen Mehrheitsentscheidungen fügen. Die Weiterführung der Europäischen Gemeinschaft ohne Frankreich bietet sich als extremer Ausweg an, aber es wäre eine Lösung der Verzweiflung. Auch der mögliche Beitritt Großbritanniens zur EWG würde daran nichts ändern. - Zweierlei Gefahren drohen dem freien nichtkommunistischen Europa. Eine zur Handlungsunfähigkeit verurteilte EWG stellt das bisher gemeinsam Erreichte infrage, müßte die Staaten zwingen, ihre Wege einzeln zu gehen. Die Kluft zwischen EWG und EFTA bliebe bestehen, und welche Folgen das heute schon zeitigt, darauf hat der österreichische Außenminister Kreisky dieser Tage mit bemerkenswerter Offenheit hingewiesen. Seine Warnung vor einem sich verschärfenden mörderischen Konkurrenzkampf zwischen den Ländern der EWG und EFTA auf den osteuropäischen Märkten kann nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Schon heute überbieten Firmen aus beiden Bereichen die Kreditbedingungen, erfolgen Diskriminierungen mit all ihren verheerenden Begleiterscheinungen. Bei diesem Wettlauf kann der Westen nur insgesamt verlieren und der kommunistische Ostblock nur gewinnen. Er wird bestärkt in seiner Auffassung, der Westen lasse sich dividieren und auseinanderreißen. Diese Gefahren werden wohl auch von den führenden Politikern des Westens erkannt, doch ihre Fähigkeit, damit fertig zu werden, scheint im Abnehmen zu sein. Europa steht eine lange Durststrecke bevor.

Cottbus, Wacker 04 und sowjetische Handballdamen

Betrachtungen zum gesamtdeutschen Sport

Von Horst Seefeld

Seit sich die ostzonalen Herren Sportfunktionäre Anfang Dezember dieses Jahres bereit gefunden haben, den Sportverkehr zwischen dem kleineren und größeren Teil unseres Vaterlandes wieder Wirklichkeit werden zu lassen, sind die ersten Reaktionen erfolgt. Fußballer aus Cottbus und Magdeburg haben sich gemeldet. Die einen wollen früher bestehende Verbindungen zu Wacker 04 aus dem freien Teil Berlins aufnehmen, die anderen beabsichtigen, alte Beziehungen zum Bundesligaverein Hannover 96 erneut zu pflegen.

Die westlichen Partner haben akzeptiert und Begegnungen junger Sportler werden hoffentlich in Kürze auch in anderen Disziplinen und zwischen Sportfreunden anderer deutscher Städte und Dörfer erfolgen. Wünschenswert wäre, wenn dabei auch die persönlichen menschlichen Beziehungen nicht zu kurz kommen würden.

Man könnte zur Tagesordnung übergehen, abwarten, die ersten Erfahrungen sammeln und nach einigen Monaten ein Fazit des gesamtdeutschen Sportverkehrs ziehen, wenn nicht der erste Ruf aus Mitteldeutschland gerade nach Westberlin erfolgt wäre. Für uns war es immer selbstverständlich, daß der Sport Berlins zum Bundesgebiet gehört. Aus Pankow, wo der Sport politisch ist, hörte man es bislang anders. Auch Moskau machte erst vor wenigen Wochen großes internationales Geschrei und weigerte sich, mit seiner Handballnationalelf in Berlin anzutreten. Die Streichung von der Teilnahmeliste war die richtige Konsequenz des internationalen Handballverbandes. Man darf annehmen, daß die Cottbuser ihren Schritt nicht ohne die Einwilligung der ostzonalen Sportfunktionäre gemacht haben. Das würde bedeuten, daß es in dieser Frage keine Übereinstimmung mit der Sowjetunion mehr gibt.

Uns kann es recht sein. Vielleicht überlegt man inzwischen auch bereits in Moskau, wie überflüssig das Theater mit den Handballdamen war. Sollten jedoch auch in Sport weiterhin die politischen Argumente überwiegen und die Sowjets auf ihrer Drei-Staaten-Theorie bestehen, werden wohl die Cottbuser auf ihr Spiel in Reinickendorf gegen Wacker 04 "auf Druck von oben" verzichten müssen.

Porträt der Bildungsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen

Von Ministerialrat Werner Scheerer,  
Vorsitzender des Zentralausschusses  
der Sozialistischen Bildungsgemeinschaften

In Nordrhein-Westfalen bestehen gegenwärtig 69 sozialistische Bildungsgemeinschaften. Sie sind als eingetragene Vereine selbständige Organisationen. Betreut werden sie vom Zentralausschuß der Sozialistischen Bildungsgemeinschaften Nordrhein-Westfalen e.V., dessen Geschäftsführung in Köln in ständigem Kontakt steht mit den Zweigbüros in Düsseldorf, Köln, Dortmund und Bielefeld. Im Zentralausschuß sitzen Vertreter der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Wissenschaft und Forschung, der Kunst- und Kulturpflege sowie der Buchereien.

In einem Aufruf nach der Gründung der Bildungsgemeinschaft Düsseldorf im Jahre 1952 befindet sich der folgende Satz: "Die Bildungsgemeinschaft steht auf dem Boden des demokratischen Sozialismus, weil sie in ihm die einzige Möglichkeit erblickt, einen gerechten Ausgleich der sozialen Spannungen herbeizuführen und dadurch die friedliche Entwicklung unserer Kultur zu sichern." In ähnlicher Weise haben auch die anderen Bildungsgemeinschaften, selbst wenn sie nicht die gleichen Namen tragen, ihre Auffassung bekundet. In der Satzung des Zentralausschusses der Bildungsgemeinschaften e.V. heißt es unmißverständlich: "Der Zweck des Vereins ist die Unterstützung der Arbeit der örtlichen Bildungsgemeinschaften im Geiste des demokratischen Sozialismus."

Ist damit auch der Rahmen klar abgesteckt, so bedeutet die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft nicht ohne weiteres eine parteipolitische Bindung. Mitglied kann vielmehr jeder werden, der an der Bildungsarbeit teilhaben möchte; er muß lediglich die Satzung anerkennen und zudem mindestens 16 Jahre alt sein.

Bedeutende Leistungen

Im Artikel 17 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 18. Juni 1950 heißt es: "Die Erwachsenenbildung ist zu fördern. Als Träger von Einrichtungen der Erwachsenenbildung werden neben Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden auch andere Träger, wie die Kirchen und freien Vereinigungen, anerkannt." Auf dieser Grundlage sind die Sozialistischen Bildungsgemeinschaften als freie Vereinigungen tätig. Sie werden, wie auch die anderen Träger der Erwachsenenbildung, mit öffentlichen Mitteln unterstützt.

Allein im letzten Jahr wurden so z.B. in Nordrhein-Westfalen 152 Kurse und Seminare mit nahezu 7 000 Teilnehmern gefördert. Unter die Förderungshilfe der Bildungsgemeinschaften fielen ferner: 142 Vortragsveranstaltungen mit 21 000 Teilnehmern, 22 Studienfahrten nach Berlin und ins Ausland mit rund 1 000 Teilnehmern, 60 literarische und kulturelle Veranstaltungen mit 7 000 Teilnehmern und mehr als 200 Filmabende mit annähernd 16 000 Teilnehmern.

Mit eigenen Mitteln der Vereine, die ja auch Mitgliedsbeiträge erheben, sind mindestens noch ebenso viele Veranstaltungen durchgeführt worden. Insgesamt ergibt sich so ein buntes Kaleidoskop von Diskussionsabenden, Streitgesprächen, Vortragsreihen, Dichterlesungen, internationalen Begegnungen, Seminaren, Kursen und Studienfahrten, an denen die 69 Bildungsgemeinschaften 1964 beteiligt gewesen sind.

### Blick auf das Ganze

Was die Sozialistischen Bildungsgemeinschaften von anderen Institutionen unterscheidet, ist das konsequente Bemühen um politische Bildung im umfassenden Sinne. Dazu gehört selbstverständlich primär alles, was dazu dient, Verständnis zu wecken für die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorgänge und Zusammenhänge. Aber auch die musischen Bereiche der Literatur, der Kunst, der Musik werden angemessen berücksichtigt. Nur durch die Blickrichtung auf das Ganze erfährt die besondere Arbeit der Sozialistischen Bildungsgemeinschaften ihre Legitimation.

In unserer modernen Welt zeigt es sich immer mehr und immer deutlicher, daß das spezielle Wissen und Können eine hervorragende Bedeutung gewonnen hat, daß aber das Verhältnis des Einzelnen zum Ganzen immer fragwürdiger wird. Während durch die großartige technische Entwicklung der Mensch in die Lage versetzt wird, in den Weltraum vorzustoßen, vermögen leider nur wenige die Zusammenhänge in ihrer Umwelt zu durchschauen, die für ihr persönliches Dasein entscheidend sind.

Die Tätigkeit der Sozialistischen Bildungsgemeinschaften ist deshalb nicht darauf gerichtet, praktische Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die für die Ausbildung eines Menschen von Wert sein können. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, Hilfen zu geben, die zur allgemeinen Übersicht und Durchsicht führen. Mit anderen Worten: Die Bildungsgemeinschaften versuchen methodisch, ihren Mitgliedern und Gästen die Möglichkeit zu geben, zu Grundmaßstäben für das Ganze zu gelangen und ihr Interesse an allgemeinen Geschehen zu wecken.

Je mehr in dieser Hinsicht im Hinblick auf die moralischen Grundwerte geschieht, die Bestandteile unserer Demokratie sind, um so mehr fördern wir das allgemeine Wohl. Denn es besteht kein Zweifel daran, daß die Zukunftsgestaltung wesentlich mit davon abhängen wird, wie wir unsere Bildungsaufgaben lösen.

Reservierte Freundlichkeit in England

gegenüber der Bundesrepublik

Von Fritz Segall, London

Seitdem Altbundeskanzler Dr. Adenauer in den politischen Hintergrund trat, kennt der Durchschnittsengländer nur noch zwei deutsche Politiker. Sie heißen nicht etwa Erhard oder Strauß, sondern Willy Brandt und Fritz Erler. Bis zur Bundestagswahl wurde selbst in liberalen und linkseingestellten Blättern die Politik der deutschen Regierung in den Vordergrund gestellt; gegenwärtig erscheint die Politik der Opposition in gleichem Maße auch in der Rechtspresse. Britische Korrespondenten beobachteten und schilderten fast widerwillig die Verleumdungen gegen Willy Brandt und den Kuhhandel während der Regierungsbildung. Zur Wahlausgang schrieb selbst die konservative "The Times": "Keine Demokratie ist mündig, bevor sich nicht eine Machtübernahme zwischen Regierung und Opposition vollzog."

Daß nicht nur Abgeordnete der Regierungsparteien, sondern auch Mitglieder der Bundesregierung während des Wahlkampfes gern die "finanzielle Mißwirtschaft" der Labour-Regierung propagierten, ohne darauf hinzuweisen, daß diese Mißwirtschaft das Erbe der Konservativen war, konnte den Gleichmut des Kabinetts Wilson nicht erschüttern. Als sich dann aber herausstellte, daß die erste Regierung Erhard der zweiten Regierung Erhard uneinlösbare Wahlversprechen von mehreren Milliarden DM hinterließ, fragte ein einflußreiches Mitglied des britischen Kabinetts: "Ist das der Wohlstand für alle?", wobei darauf hingewiesen werden muß, daß die britische Regierung trotz der Schuldenlast als eine der ersten Maßnahmen die Heraufsetzung der Altersrente und eine Reform der Steuergesetzgebung durchführte.

Britische Politiker, besonders jene, die der Regierung angehören, vermeiden, befreundete Regierungen anzugreifen. Es war deshalb selbstverständlich, daß Außenminister Dr. Schröder einen freundlicheren Empfang hatte als z.B. in Paris, und daß er engere Kontakte zwischen beiden Regierungen anknüpfen konnte. Die deutsche Rhodesien-Politik unterstützt die ökonomischen Maßnahmen Großbritanniens und fand in der Presse positiven Widerhall. Dankbar ist man in London auch für die geduldige und abwartende Haltung deutscher Politiker, die den Eintritt Englands in die EWG ermöglichen wollen.

Sollten allerdings die Ausführungen des CSU-Vorsitzenden Strauß über eine "Europäische Atomstreitmacht" regierungsoffiziell werden, oder würde die deutsche Regierung eine Beteiligung an einer atomaren Verteidigung fordern, dürfte es Dr. Schröder, besonders nach dem Besuch des britischen Außenministers in Koskau, sehr schwer haben, die Freundschaft mit London zu vertiefen.

Vor wenigen Tagen nahm "The Times" als erste führende Zeitung zur Denkschrift der EKD Stellung und bezeichnete sie als eine "klare und hervorragende ehrliche Arbeit".

Die Stimmung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland könnte man in Großbritannien also mit den Worten "reservierte Freundlichkeit" kennzeichnen.